

„Wir arbeiten nicht mit Maschinen“

AKTIONSTAG Geplante Verkürzung der sozialpädagogischen Ausbildung stößt auf Kritik

Wetzlar (mf). Die Pläne des Landes Hessen, die Ausbildung an den Fachschulen für Sozialpädagogik zu verkürzen, ruft Proteste hervor. Auch an der Wetzlarer Käthe-Kollwitz-Schule wurde ein „Aktionsstag der Erzieherin“ mit Aktionen, Info-Ständen und einer Diskussionsrunde organisiert.

Der Himmel über dem Berufsschul-Zentrum wurde gegen 10 Uhr morgens recht bunt. Schüler und Kinder der Lebenshilfe, des Evangelischen Kindergartens und des Betriebskindergartens des Krankenhauses hatten eine Luftballonaktion organisiert. Mit Flyer an bunten Ballons wurde ein Stopp der Ausbildungsverordnung gefordert. An Informationsständen im Eingang wurde über die Verordnung informiert: In der hessischen Regierung werde darüber nach-

gedacht, die Zugangsmöglichkeiten an die Fachschulen für Sozialpädagogik so zu überarbeiten, dass eine insgesamt verkürzte Ausbildungszeit bis zur staatlichen Anerkennung absolviert wird. Zum anderen werde überlegt, die fachpraktische Ausbildung im dritten Abschnitt auf sechs Monate zu verkürzen.

■ Wagner: „Sehen den Sinn nicht“

Aus Protest entstand der Aktionstag, bei dem auch eine Diskussionsrunde mit dem hauptamtlichen Kreisbeigeordneten Roland Wegrich und dem Landesschulamtsdirektor Matthias Rietesel stattfand. Gabriele Schäfer, Abteilungsleiterin der Fachschule, begrüßte die 150 Teilnehmer, darunter auch Vertreter der Kindertagesstätten, des Albert-



Bürgermeister Manfred Wagner und Stephanie Höchst vom Fachschulbeirat der Stadt Wetzlar bei der Diskussion. (Foto: Fritsch)

Schweitzer-Kinderdorfer und Kolleginnen der Fachschule für Sozialpädagogik. Bevor am runden Tischen diskutiert wurde, äußerten sich Vertreter der Oberstufen und Berufspraktikanten. Alexandra Leonhardt von der Kindergrüpe kritisierte: Der Zeitdruck steige durch den

die geplante Ausbildungsveränderung: „Wir arbeiten mit Menschen, nicht mit Maschinen.“

Stephanie Höchst vom Fachschulbeirat der Stadt Wetzlar: Der Beruf verlange ausgereifte Persönlichkeiten mit entsprechender Fachkompetenz, dazu brauche es

ein Jahr Zeit. Gabriele Schäfer erörterte die Konsequenzen der neuen Ausbildungsverordnung. Die geltende Ausbildung sei mit den Anforderungen einer Meisterprüfung gleichzusetzen, gleichwertig mit einem Bachelor-Abschluss. Durch eine Verkürzung würde dies wegfallen. Schäfer gab zudem zu bedenken, dass eine Verkürzung der Ausbildung auch tarifpolitische Auswirkungen haben könne.

Margrit Zeiser (Grüne) sprach sich dafür aus, den Passus in der Ausbildungsverordnung von einer „Muss“ in eine „Kann“-Bestimmung umzuwandeln, so könne der Auszubildende selbst entscheiden. Bürgermeister Manfred Wagner (SPD): „Ich sehe den Sinn in der Ausbildungsverordnung überhaupt nicht“. Er verlangte eine qualifizierte Ausbildung in Theorie und Praxis.